

Anfrage der SPD-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einem Abendblatt-Artikel vom 17.06.2014 melden sich Anwohner des Gräflingsberg in Henstedt-Ulzburg wegen der Lärmbelastung durch die Schleswig-Holstein-Straße zu Wort. In diesem Artikel wird auch darauf verwiesen, dass Einwohner auf Norderstedter Seite belastet sind und nach dem gescheiterten Lösungsversuch 2009 keine weitere Kommunikation durch die Verwaltung erfolgte.

1. Wie gestaltet sich die Situation aus Sicht der Verwaltung?
2. Gibt es auch Anzeigen wegen Lärmbelastung durch Norderstedter oder nur auf der Seite Henstedt-Ulzburgs?
3. Welche Schritte können durch die Stadt Norderstedt ergriffen werden?

Mit freundlichen Grüßen

Patrick Grabowski

Absender Patrick Grabowski <patrick.grabowski@wtnet.de>

Empfänger Heike Grabowski <heikeg@wtnet.de>

Datum 17.06.2014 21:40

x wäheim.tel@lebmel

"Wir leiden unter dem Lärm"

Anlieger der Schleswig-Holstein-Straße in Henstedt-Ulzburg und Norderstedt fordern entsprechenden Schutz

Von Frank Knittermeier

Henstedt-Ulzburg/Norderstedt. Der Lärm beginnt gegen 3 Uhr in der Früh. Schwer beladene Lkw, die von der Oststraße in Richtung Autobahn unterwegs sind. Gegen 6 Uhr steigt der Geräuschpegel, weil dann der Berufsverkehr einsetzt. Erst am späten Abend ebbt der Verkehr ab. Die Schleswig-Holstein-Straße ist eine der meistbefahrenen Straßen in Norderstedt und Henstedt-Ulzburg – und auf keiner anderen Straße wird so schnell gefahren.

Links

[Info: Lärmschutz bedeutet Umweltschutz](#)

[Kommentar: Anlieger müssen geschützt werden](#)

Die Anlieger der benachbarten Straßen sind mit den Nerven am Ende – auf Henstedt-Ulzheimer Seite, aber auch auf Norderstedter Seite. Sie müssen mit dem Lärm leben, der im Laufe der Jahre immer mehr zugenommen hat. Seitdem die Schleswig-Holstein-Straße zu einem Autobahnzubringer wurde, ist es unerträglich geworden. "Wir leiden hier", sagt Brita Delfs, eine Anwohnerin der Straße Gräflingberg. "Lärm macht krank und viele Anwohner sind bereits gesundheitlich betroffen!" Im Rathaus der Gemeinde Henstedt-Ulzburg liegt zurzeit der Lärmaktionsplan zur Einsichtnahme aus. Mit ihm sollen die EU-Umgebungsrichtlinie umgesetzt werden. Die Anlieger schöpfen Hoffnung, die Nahrung erhält, weil nur wenige Meter weiter, auf Höhe des Betongeländes Wagenhuber, ein Lärmschutzwall geplant ist, um die Bewohner des dort angedachten Neubaugebietes vor dem Straßenlärm zu schonen.

Ob ihre Vorstellungen jedoch umgesetzt werden, ist nicht geklärt. Denn die Lage ist unübersichtlich. Bereits vor Jahren hatten die politischen Gremien der Gemeinde beschlossen, einen Lärmschutzwall in Höhe des Gräflingsberges und der angrenzenden Straßen zu errichten. Dieses Vorhaben aber scheiterte an einer Person: Weil ein Nachbar am Rande seines Grundstückes keinen Lärmschutzwall wollte, konnte keiner gebaut werden. 2009 wurden die Pläne auf Eis gelegt, inzwischen vermutlich endgültig begraben. Der Wohnbereich ist auf der Lärmkala des Bundes als stark belastet eingestuft.

Die Anwohner der Schleswig-Holstein-Straße müssen seitdem mit stetig zunehmendem Verkehr und wachsendem Verkehrslärm leben. So geht es auch den Anliegern im Henstedter Weg auf Norderstedter Seite. Dort hatte die Familie Mordhorst vor fünf Jahren Alarm geschlagen, weil der Lärm stetig zunahm. Stadtbaurat Bosse hatte den Anliegern damals Hoffnung gemacht, im Zuge eines Lärminderungsverfahrens etwas für die Anlieger zu tun. Gemeldet hat sich seitdem weder der Stadtbaurat, noch sonst ein Mitarbeiter der Stadt Norderstedt.

Brita Delfs und ihre Nachbarn sehen sich keineswegs als "neurotische Anwohner, die nach Konflikten suchen". Sie schränkt ein: "Manchmal hatten wir den Eindruck, so wahrgenommen und abgespeist zu werden. Wir wurden bei den damaligen Planungen einfach übersehen und ignoriert! Müssen wir alle diese Fehler ausbaden?"

Jörn Mohr, Fachbereichsleiter Planen, Bauen, Umwelt im Henstedt-Ulzheimer Rathaus, kann die Anwohner verstehen, aber auch er verweist auf den Stand von 2009, als ein Anwohner sich weigerte, dem Bau eines Lärmschutzwalles oder einer Lärmschutzwand zuzustimmen. Er will den Anliegern den Mut allerdings nicht vollständig nehmen. "Ob dort ein Lärmschutz errichtet wird, müssen letztlich die politischen Gremien entscheiden." Auch Horst Ostwald, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses, hält einen Lärmschutz an dieser Stelle nicht für grundsätzlich ausgeschlossen: "Wenn wir an alle Grundstücke kommen könnten, müsste die Gemeinde aktiv werden." Eine Entleerung von Grundstücksflächen hält Ostwald für nicht angemessen, da die rechtliche Hürde seiner Ansicht nach zu hoch wäre.

Sollte sich die Gemeinde nach Gesprächen mit dem Grundeigentümer, der sich bisher verweigert hat, zu dem Bau eines Lärmschutzes entschließen, müsste sie sich mit dem Land Schleswig-Holstein einigen. Denn die Schleswig-Holstein-Straße ist Landesstraße.

Den Vergleich mit dem geplanten Baugebiet auf dem benachbarten Gelände des früheren Betonwerkes Wagenhuber weisen Fachbereichsleiter Jörn Mohr und SPD-Politiker Horst Ostwald zurück. Dort sei der Grundeigentümer, also die Familie Wagenhuber, verpflichtet, auf eigene Kosten einen Lärmschutz zu errichten. "Die künftigen Bewohner werden geschützt, die Alteingesessenen haben das Pech, dass sie schon länger dort wohnen", sagt Jörn Mohr.